



Niederschrift zur öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung der Stadtvertretung Strasburg (Um.)

Sitzungstermin:	Donnerstag, 27.09.2018
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	19:05 Uhr
Ort, Raum:	Rathaus der Stadt Strasburg (Um.), Beratungsraum, 2. Obergeschoss

öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit sowie Annahme der Tagesordnung

Durch die Stadtpräsidentin Frau Andrea Reinckene Nyegran wurde die Sitzung der Stadtvertretung Strasburg (Um.) eröffnet. Sie stellte die ordnungsgemäße Ladung aller Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter fest. Von den 17 geladenen Stadtvertretern/innen sind 13 anwesend. Somit ist die Stadtvertretung Strasburg (Um.) beschlussfähig.

Die Stadtpräsidentin verwies auf die Tagesordnung und die rechtzeitige Übergabe der Beschlussvorlagen.

Damit bildet die Tagesordnung die Arbeitsgrundlage der Stadtvertretersitzung.

Herr Wolfgang Dietrich, DIE LINKE., bemerkte, dass die Beschlussvorlage 0099-Käm-2018 nicht auf der Tagesordnung ist.

Frau Koch informierte, dass sich in der Zwischenzeit ein neuer Sachstand ergeben hat. Diese Beschlussvorlage wird nach Prüfung erneut der Stadtvertretung Strasburg (Um.) vorgelegt.

zu 2 Billigung der Sitzungsniederschrift des öffentlichen Teils vom 05.07.2018

Zu der Sitzungsniederschrift vom 05.07.2018 gab es folgende Bemerkung von dem Stadtvertreter Herrn Wolfgang Dietrich, Fraktion DIE LINKE. :

Seite 7, zu 14, 4 Absatz von unten

Es wird ergänzt:

Durch Herrn Wolfgang Dietrich, DIE LINKE., wurde angemerkt, dass es Fragen seitens der Anwohner gibt, wie die Straße einmal aussehen soll. **Er schlägt vor, dass die Anwohnerinnen und Anwohner zu ihren Vorstellungen zur Ausgestaltung der Straße befragt werden sollten, bevor die entsprechenden Pläne erarbeitet werden.**

Die Sitzungsniederschrift des öffentlichen Teils vom 05.07.2018 wurde mit der o.g. Änderung einstimmig bestätigt.

zu 3 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse auf der Sitzung am 05.07.2018

In der Stadtvertretersitzung vom 05.07.2018 wurden folgende Beschlüsse im nichtöffentlichen Teil gefasst:

- ein Grundstücksverkauf in der Gemarkung Strasburg
- Eintragung einer Dienstbarkeit im Grundbuch der Stadt Strasburg (Um.)
- Aufhebung eines Beschlusses zum Grundstücksverkauf 3. Siedlungsweg
- Vergabe von Leistungen zur Beschaffung eines Tanklöschfahrzeuges für die Freiwillige Feuerwehr Strasburg (Um.)

zu 4 Mitteilungen der Ersten Stadträtin

Die Erste Stadträtin Frau Anke Heinrichs informierte die Stadtvertreter/innen und Gäste über die Arbeit der Verwaltung der Stadt Strasburg (Um.).

zu 5 Einwohnerfragestunde

Vor Eintritt in den Tagesordnungspunkt informierte die Stadtpräsidentin Frau Andrea Reinckene Nyegran die Anwesenden über die Rechte der Einwohnerinnen und Einwohner gemäß der Hauptsatzung der Stadt Strasburg (Um.).

Durch Herrn Kurt Rabe, Ortsvorsteher Gehren, wurde dargelegt, dass die Stadt Strasburg (Um.) aus dem Brohmer & Helpter Berge Tourismusverein e.V. ausgetreten ist. Er bittet die Stadtvertretung Strasburg (Um.), sich in den Ausschüssen auszutauschen, ob die Stadt Strasburg (Um.) wieder Mitglied im Verein werden sollte. Der Verein hat sich neu aufgestellt. Weiterhin gibt es eine neue Internetpräsentation.

Bis jetzt ist Strasburg (Um.) auf der Internetplattform voll integriert. Die Stadtvertretung Strasburg (Um.) hat im Dezember letzten Jahres einen Beschluss gefasst, mit den Nachbargemeinden zu kooperieren. Die Stadt Friedland und das Amt Woldegk sind auch Mitglied im Verein und hauptsächliche Träger. Man sollte auch darüber diskutieren, wie man den Beschluss, den man gefasst hat, umzusetzen hat. Die Stadt Strasburg (Um.) würde nach der neuen Satzung einen jährlichen Mitgliedsbeitrag in Höhe von 615,- € bezahlen. Es ist wichtig, dass die Stadt Unterstützung zeigt für das Gutshaus in Neuensund sowie für das Schullandheim in Gehren. Er werde dies noch als Antrag formulieren.

Weiterhin erkundigte er sich nach dem Fledermauskeller in Gehren. Durch Frau Heinrichs habe er die Auskunft erhalten, dass dieser im Eigentum der Gemeinnützigen Wohnungsbau-Gesellschaft stand.

Er fragte nach, ob es eine Rückabwicklungsklausel gibt, wenn der Verein seine Aufgaben nicht erfüllt. Der Fledermauskeller wurde als Kompensationsmaßnahme dargelegt. Wenn der Fledermauskeller nicht umgesetzt wurde, ist es keine Kompensationsmaßnahme. Innerhalb dieser 3 Jahre ist nichts passiert, es wurde nicht eingezäunt, begrünt bzw. gemäht. Es ist derzeit ein Schandfleck.

Diese Anfrage wird von der Verwaltung schriftlich beantwortet.

Die Stadtvertreterin Frau Diana Becker, SPD-Fraktion, schlug vor, dass die Mitgliedschaft im Brohmer & Helpter Berge Tourismusverein e.V. auf der letzten Stadtvertretersitzung im Dezember 2018 als Tagesordnungspunkt behandelt werden sollte. Weiterhin sollten sich die Ausschüsse im Vorfeld mit dieser Thematik auseinandersetzen, um dann ein entsprechendes Votum zu erhalten.

Die Stadtvertreterin Frau Marina Raulin, fraktionslos, befürwortet den Eintritt in den Verein. Es gibt einige Dinge und Sehenswürdigkeiten, die in unserer Region vermarktet werden können. Dies würde vom Verein unterstützt werden. Es ist wichtig, dass wir uns als Region vermarkten und präsentieren.

Frau Wasserstrahl, Fraktion BB-UER, bemerkte, dass es auch Gründe gab, warum die Stadt Strasburg (Um.) aus dem Verein ausgetreten ist. Der Verein war zu diesem Zeitpunkt nicht mehr tätig. Wenn der Verein sich neu aufgestellt hat, sollte man nochmal darüber nachdenken.

Für Frau Gudrun Riedel, Fraktion BB-UER, ist es wichtig, wie sich der Verein neu aufgestellt hat und was sich verändert hat im Gegensatz zu früher.

Herr Kai Finsterbusch, Fraktion BB-UER, bemerkte, dass in den Ausschüssen darüber beraten werden sollte. Weiterhin sollte zum Fledermauskeller eine abschließende und konkrete Lösung gefunden werden.

Herr Wolfgang Dietrich sprach sich für eine Mitgliedschaft aus. Die Stadt würde davon profitieren.

zu 6 Verzicht auf Aufstellung einer Haushaltssatzung incl. Haushaltsplan nebst Anlagen für das städtebauliche Sondervermögen "Altstadt" ab dem Jahr 2018
Vorlage: 0098-Käm-2018

Beschluss:

Die Stadtvertretung der Stadt Strasburg (Um.) beschließt den Verzicht für die Aufstellung einer Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Anlagen ab dem Jahr 2018 bis zur Aufhebung der Sanierungssatzung für die Gesamtmaßnahme „Altstadt“ nach Vorlage des Schlusstestates.

Abstimmungsergebnis:

Die Beschlussvorlage wurde einstimmig bestätigt.

Dafür stimmten:	13
Dagegen stimmten:	0
Stimmenenthaltungen:	0

zu 7 Beschluss über die Verteilung der Haushaltspläne und Jahresabschlüsse
Vorlage: 0100-Käm-2018

Die Kämmereiamtsleiterin Frau Kerstin Koch bemerkte, dass die Entwürfe zur Diskussion jedem Stadtvertreter/in bzw. Ausschussmitglied in Papierform zugeschickt werden. Die Endfassung der Haushaltspläne und Jahresabschlüsse nebst Anlagen werden ab sofort nur noch in 2-facher Ausfertigung an die Fraktionen übergeben. Nicht fraktionsgebundene Stadtvertreter/innen erhalten weiterhin ein Exemplar der jeweiligen Endfassung.

Beschluss:

Die Stadtvertretung Strasburg (Um.) beschließt, dass die Endfassung der Haushaltspläne und Jahresabschlüsse nebst Anlagen ab sofort nur noch in 2-facher Ausfertigung an die Fraktionen übergeben werden. Nicht fraktionsgebundene Stadtvertreter/innen erhalten weiterhin ein Exemplar der jeweiligen Endfassung. Der Beschluss gilt auch für die Folgejahre bis zur Digitalisierung der Sitzungsunterlagen.

Abstimmungsergebnis:

Die Beschlussvorlage wurde einstimmig bestätigt.

Dafür stimmten: 13
Dagegen stimmten: 0
Stimmenenthaltungen: 0

zu 8 Annahme einer Sachspende
Vorlage: 0099-Hau-2018

Beschluss:

Die Stadtvertretung der Stadt Strasburg (Um.) beschließt, folgende Sachspende anzunehmen:

<u>Schenkung am</u>	<u>Schenkung von</u>	<u>Verwendungszweck</u>	<u>Wert der Sachspende</u>
16.03.2018	Juergen Ostwald Fielmann AG	Schenkung Sachspende Zinnpokal	1.320,00 €

Abstimmungsergebnis:

Die Beschlussvorlage wurde einstimmig bestätigt.

Dafür stimmten: 13
Dagegen stimmten: 0
Stimmenenthaltungen: 0

zu 9 Beschluss zum Erhalt des Gutshauses Gehren und zur Vorbereitung einer möglichen Nutzung als "Multiples Haus" (Mehrgenerationenhaus)
Vorlage: 0098-Hau-2018

Durch Herrn Kurt Rabe, Ortsvorsteher Gehren, wurde die Beschlussvorlage zum Erhalt des Gutshauses Gehren und zur Vorbereitung einer möglichen Nutzung als "Multiples Haus" (Mehrgenerationenhaus) vorgestellt. Die letzte Mieterin ist im vergangenen Jahr ausgezogen. Die Wohnung, der Keller sowie diverse Schuppen wurden nicht beräumt. Es wurde in den letzten Jahren nichts zum Erhalt des Gebäudes unternommen. Er habe sich bereits über mögliche Fördermöglichkeiten informiert sowie mit Herrn Patrick Dahlemann dem Parlamentarischen Staatssekretär für Vorpommern Kontakt aufgenommen. Er ist bereit einen Vorort-Termin zu vereinbaren, um sich ein Bild vom Gutshaus zu machen. Die Möglichkeiten zur Nutzung des Gutshauses sind im Beschluss angeführt. Wie es letztendlich genutzt wird, sei dahingestellt. Dies sind nur Vorschläge wie das Gutshaus genutzt werden könnte. Er wünsche sich, dass die Stadt die Erhaltung des Gutshauses anstrebt.

Die Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter begrüßten die Initiative von Herrn Rabe sowie der Einwohnerinnen und Einwohner von Gehren.

Frau Marina Raulin, fraktionslos, bietet ihre Unterstützung an. Wenn Fördermittel beantragt werden sollen, ist auch ein Eigenanteil der Stadt erforderlich. Dazu benötigen wir eine Kostenkalkulation.

Sie stellte den Antrag, die Vorlage zurückzustellen und eine Kostenkalkulation durchzuführen. Das Gutshaus Gehren sollte mit in den Antrag zu den Kalkulationen von der CDU aufgenommen werden.

Im Laufe der Beratung und Diskussion zog sie diesen Antrag zurück. Es gehe in erster Sicht darum, ob die Bereitschaft zum Erhalt des Gutshauses da ist.

Die Stadtvertreterin Frau Gudrun Riedel, Fraktion BB-UER, bemerkte, dass die Stadt sehr wenige Stadtarbeiter habe. Vielleicht würden sich einige engagierte Bürgerinnen und Bürger bereiterklären zu helfen. Durch die Zusammenarbeit und Initiative vieler Bürgerinnen und Bürger in Strasburg (Um.) konnte auch das Alte Gemeindehaus erhalten werden.

Herr Wolfgang Dietrich, DIE LINKE., bemerkte, dass dies der erste Schritt ist, um den Erhalt des Gutshauses in die Wege zu bringen und um eine Nutzung vorzubereiten. Es ist jetzt noch nicht möglich eine Kalkulation aufzustellen.

Weiterhin erkundigte er sich, ob bereits Absprachen getroffen wurden. Im Beschlussvorschlag heißt es: Eine Bewirtschaftung des Multiplen Hauses könnte in enger Kooperation mit dem Haus Wildtierland (Schullandheim Gehren) erfolgen.

In diesem Zusammenhang hat Herr Rabe bereits mit Frau Rethwisch darüber gesprochen. Sollte das Gutshaus erhalten werden, ist eine gemeinsame Nutzung nach Absprache möglich. Gerade mit Kindern gibt es viele Möglichkeiten.

Durch Herrn Kurt Rabe wurde dargelegt, dass erstmal ein Bauzustandsgutachten erstellt werden sollte. Weiterhin steht das Gutshaus unter Denkmalschutz.

Die Stadtvertreterin Frau Thea Wasserstrahl, Fraktion BB-UER, schlug vor, dass das Gutshaus in Gehren unbedingt in die Prioritätenliste aufgenommen werden sollte.

Durch Herrn Matthias Huth, CDU-Fraktion, wurde dargelegt, dass es dringend notwendig ist, zwangsläufig eine Prioritätenliste zu erstellen. Es gibt viele Gebäude im städtischen Eigentum, wo eine Sanierung dringend erforderlich ist. Es sollte dann eins nach dem anderen nachhaltig saniert werden. Dies funktioniert nicht ohne Eigenmittel.

Beschluss:

Im Namen der Gehrener Einwohnerinnen und Einwohner bitte ich die Stadtvertretung der Stadt Strasburg (Um.) die Bürgermeisterin Frau Karina Dörk zu beauftragen, sich für den Erhalt des Gutshauses in Gehren einzusetzen und eine mögliche Nutzung des denkmalgeschützten Gebäudes als „Multiples Haus“ (Mehrgenerationenhaus) vorzubereiten.

Das Multiple Haus, das auch der Bevölkerung in Neuensund, Rohrkrug und Galenbeck offenstehen würde, könnte folgende Nutzungsmöglichkeiten bieten:

1. Gemeindezentrum für die Einwohnerinnen und Einwohner
2. Räumlichkeiten für Arztbesuche, Massagen, Friseur, Sport und Spiel
3. Beratungsstützpunkt für ältere Bürgerinnen und Bürger
4. Errichtung von zwei bis drei möblierten Wohnungen für Besucher, Gäste, Naturfreunde (z. B. Vogelzug, Hirschbrunst...), Radwanderer
5. Ausgestaltung der bestehenden Heimatstube
6. Einrichtung eines kleinen Cafés mit Einkaufsmöglichkeiten (saisonal)
7. Informationspunkt für die Region (Galenbecker See, Helpter und Brohmer Berge)

Eine Bewirtschaftung des Multiplen Hauses könnte in enger Kooperation mit dem Haus Wildtierland (Schullandheim Gehren) erfolgen.

Die derzeitige Förderlandschaft von Bund und Land bietet diverse Möglichkeiten:

- a) Bundesprogramm Ländliche Entwicklung (BMEL)
- b) Demografiestrategie „Jedes Alter zählt“ (BMEL)
- c) Vorpommernfonds
- d) Extrafonds des Kultusministeriums M-V für den Erhalt von Gutshäusern im Haushaltsjahr 2018/2019
- e) LEADER – Strategie für Lokale Entwicklung
- f) INTERREG V A

gez.
Kurt Rabe
Ortsvorsteher

Abstimmungsergebnis:

Die Beschlussvorlage wurde einstimmig bestätigt.

Dafür stimmten:	13
Dagegen stimmten:	0
Stimmenenthaltungen:	0

zu 10 Abberufung und Wahl eines Ausschussmitgliedes
Vorlage: 0010-INK-2018

Beschluss:

Die Stadtvertretung Strasburg (Um.) beschließt die Abberufung der sachkundigen Einwohnerin Frau Anke Mißfeldt als Mitglied des Ausschusses für Bildung, Kultur und Soziales.

Wir bitten, dafür den Einwohner Herrn Robert Bormann als sachkundigen Einwohner in den Ausschuss für Bildung, Kultur und Soziales zu wählen.

gez.
Sieglinde Ernst
Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE.

Abstimmungsergebnis:

Die Beschlussvorlage wurde einstimmig bestätigt.

Dafür stimmten:	12
Dagegen stimmten:	0
Stimmenenthaltungen:	1

zu 11 Bereitschaft zur Aufnahme weiterer Geflüchteter
Vorlage: 0011-INK-2018

Die Stadtpräsidentin Frau Andrea Reinckene Nyegran hatte sich vorab in der Verwaltung informiert. Bevor sie die Diskussion eröffnete trug sie die Antwort der Verwaltung vor.

Die Unterbringung von Flüchtlingen wird im Land zentral gesteuert, so wie es organisatorisch am günstigsten ist. Offensichtlich hat sich gezeigt, dass die Betreuung von Flüchtlingen in größeren Städten einfacher und wahrscheinlich kostengünstiger zu organisieren ist. Deshalb wurde ein Großteil der Geflüchteten aus Strasburg (Um.) nach Greifswald umgesiedelt. Flüchtlinge haben z. B. einen Anspruch auf Sprachkurse, die vom Land bezahlt werden bzw. wird das Geld über den Landkreis ausgereicht. Diese Kurse finden da statt, wo die größte Nachfrage ist. Fahrtkosten zu Sprachkursen, Ämtern und Ärzten entfallen in größeren Städten oder sind zumindest geringer. Auch gibt es keine Aufenthaltspflicht für Flüchtlinge, die sie an einen bestimmten Ort bindet. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass das Interesse der Geflüchteten in Strasburg (Um.) zu bleiben, eher gering ist. Viele von ihnen sind in die Ballungsgebiete in den westlichen Bundesländern gezogen. Selbst wenn die Stadt Strasburg (Um.) zusätzliche Flüchtlinge aufnehmen möchte, müsste diese Frage mit dem Innenministerium und dem Landkreis geklärt werden.

Durch die Stadtvertreterin Frau Sieglinde Ernst, Fraktion DIE LINKE., wurde die Beschlussvorlage und das Anliegen erläutert.

Herr Kurt Rabe, Ortsvorsteher Gehren, sehe diese Vorlage als Bekenntnis zur Situation.

Frau Thea Wasserstrahl, Fraktion BB-UER, bemerkte, dass sie keine Notwendigkeit dieser Vorlage sieht. Die Bereitschaft zur Aufnahme von Flüchtlingen ist gegeben. Wir lehnen keine Flüchtlinge ab. Dies wurde in der Vergangenheit gezeigt. Aus ihrer Sicht müsste dieser Beschluss nicht gefasst werden, da wir die Situation nicht haben, dass wir Flüchtlinge ablehnen.

Herr Thomas Telzerow, SPD-Fraktion, legte dar, dass diese Problematik in der Verantwortung von Bund und Land liegt.

Herr Christian Schröder, Fraktion WGS, bemerkte, dass dieses Thema die Gesellschaft spaltet. Die Hauptursache für eine Flucht ist oft der Wunsch nach einem besseren Leben. Mit der Beschlussvorlage geben wir ein Signal, dass bei uns ein besseres Leben möglich ist. Dadurch wird die Fluchtursache nur verstärkt. Es sollte erst eine Regelung im Mittelmeer getroffen werden.

Durch Herrn Wolfgang Dietrich, DIE LINKE., wurde dargelegt, dass die Stadt ihre Bereitschaft erklären sollte, ab sofort Menschen aus der Seenotrettung und weitere Geflüchtete aufzunehmen. Damit setzen wir ein Zeichen das wir die Menschenrechte respektieren. Die Behinderung und Kriminalisierung der Seenotrettung widerspricht allen Prinzipien der Humanität und der Menschenrechte. Es darf kein Gegeneinander von Sozialstaat, Flucht und Migration geben. Durch ihn wurde das Anliegen dieser Beschlussvorlage nochmal dargelegt.

Herr Kai Finsterbusch, Fraktion BB-UER, bemerkte, dass man die große Politik nicht vermischen sollte mit der kleinen Politik. Dieses Problem können wir hier nicht händeln. Es ist gesetzlich ganz klar geregelt, wie Geflüchtete auf die einzelnen Landkreise und Kommunen verteilt werden. Die Stadt Strasburg (Um.) ist bereit Flüchtlinge aufzunehmen. Er möchte aber im Umkehrschluss vermeiden, dass es heißt, dass die Stadt Strasburg (Um.) gegen eine Aufnahme von Flüchtlinge ist.

Frau Gudrun Riedel, Fraktion BB-UER, stimmt der Auffassung von Herrn Finsterbusch zu. Sie gab nochmal zu verstehen, dass die Offenheit zur Aufnahme von Flüchtlingen bleibt. Egal wie die Abstimmung zur Beschlussvorlage ausfällt. Es gibt sehr viele Menschen in der Stadt die sich in der vergangenen Zeit für die Flüchtlinge eingesetzt haben. Weiterhin wurde ein Runder Tisch gebildet, der sich regelmäßig getroffen hat.

Abstimmungsergebnis:

Die Beschlussvorlage wurde mehrheitlich abgelehnt.

Dafür stimmten:	3
Dagegen stimmten:	6
Stimmenenthaltungen:	4

zu 12

Erstellung einer Kalkulation für die Nutzungs- und Mietkosten für städtische Gebäude, die auch fremdgenutzt werden: Sporthallen, Kulturhaus, Sportplätze, Multifunktionshaus, etc.
Vorlage: 0006-CDU-2018

Die Stadtvertreterin Frau Diana Becker, SPD-Fraktion, bemerkte, dass eine kostendeckende Nutzung nicht möglich ist. Wenn wir kostendeckende Entgelte verlangen, dann würde z.B. kein Mieter mehr ins Kulturhaus gehen. Die Max-Schmeling-Stiftung etwa, ist Mieter im Kulturhaus und leistet sehr viel in Strasburg. Diese könne man nicht weiter schröpfen.

Durch die Kämmereiamtsleiterin Frau Kerstin Koch wurde vorgetragen, dass die Stadt verpflichtet ist, kostendeckend zu kalkulieren. Welche Gebühren und Entgelte dann erhoben werden, ist eine politische Entscheidung.

Herr Wolfgang Dietrich, DIE LINKE., bemerkte, dass die Gebühren sozialverträglich sein sollten. Weiterhin sollte bedacht werden, dass in dem vorgesehen Zeitraum im nächsten Jahr die Kommunalwahlen stattfinden. Fraglich ist, ob in dieser Zeit die Verwaltung in der Lage ist, diese Kalkulationen zu realisieren.

Die Erste Stadträtin Frau Anke Heinrichs erklärte, dass jede Gebührensatzung durch die Stadtvertretung Strasburg (Um.) beschlossen werden muss. Sie schlug vor, dass die Kalkulation objektweise vorgenommen werden sollte. Sobald die ersten Unterlagen erstellt worden sind, können diese der Stadtvertretung vorgelegt werden.

Frau Wasserstrahl, Fraktion BB-UER, bemerkte, dass es bereits Satzungen gibt. Es müsste im Punkt 3 heißen: Die Satzungen sind zu überarbeiten, wie Privatpersonen, Unternehmen und Vereine der Stadt Strasburg (Um.) sich finanziell beteiligen müssen.

Herr Kurt Rabe, Ortsvorsteher Gehren, fehlt in der Beschlussvorlage die Zielformulierung, was mit dieser Beschlussvorlage erreicht werden soll. Er ist der Meinung, dass die Auslastung sich verringern wird, wenn die Preise steigen.

Herr Matthias Huth, CDU-Fraktion, gab zu verstehen, dass die Kalkulation Grundlage für den Erhalt der Einrichtungen ist. Aus der Kalkulation können wir Schlussfolgerungen ziehen. Es wurde bisher schon mehrmals darüber diskutiert. Bisher ist nichts passiert. Mit dieser Beschlussvorlage soll dies terminlich festgelegt werden.

Durch die Kämmereiamtsleiterin Frau Kerstin Koch, wurde angemerkt, dass es nicht sein kann, dass die Feierhalle auf dem neuen Friedhof teurer ist, als wenn man das Kulturhaus mietet. Bei der Friedhofssatzung wurde kostendeckend kalkuliert, aber ein politischer Preis festgelegt. Es ist wichtig, dass wir eine Kalkulation für die erforderlichen Objekte erstellen.

Frau Raulin, fraktionslos, unterstützt die Aussage von Herrn Huth. Eine Kostendarstellung ist wichtig.

Frau Gudrun Riedel, Fraktion BB-UER, verwies auf die Kosten für die Einrichtungen und die dazu im Vergleich wenigen kostenpflichtigen Veranstaltungen. Wir werden ein Schreck bekommen, wenn wir die Kalkulation sehen. Man sollte bedenken, dass die Bürgerinnen und Bürger der Stadt nicht überfordert werden.

Frau Heinrichs bemerkte, dass der Schulsport bei der Kalkulation berücksichtigt werden sollte. Dieser Anteil ist nicht umlagefähig.

Herr Christian Schröder befürchtet, dass Probleme auf die Vereine zukommen. Diese würden schon jetzt aus dem „letzten Loch pfeifen“.

Herr Kai Finsterbusch, Fraktion BB-UER, bittet um die Abstimmung. Er schlägt folgende Änderungen vor:

3. **Die Satzungen sind zu überarbeiten**, wie Privatpersonen, Unternehmen und Vereine der Stadt Strasburg (Um.) sich finanziell beteiligen müssen.

4. Termin für die Erarbeitung ~~aller~~ notwendigen Unterlagen ist Anfang Mai 2019.

Beschluss:

Die Stadtvertretung Strasburg (Um.) möge beschließen:

1. Die jährlich anfallenden Kosten sind zu kalkulieren für jede öffentliche Einrichtung.
2. Die Nutzungs- und Mietkosten sind daraus kostendeckend zu errechnen.
3. Die Satzungen sind zu überarbeiten, wie Privatpersonen, Unternehmen und Vereine der Stadt Strasburg (Um.) sich finanziell beteiligen müssen.
4. Termin für die Erarbeitung notwendiger Unterlagen ist Anfang Mai 2019.
5. Die Ausschüsse beraten so rechtzeitig, damit die Satzung in der zweiten SVS 2019 beschlossen werden kann.
6. Der Bürgermeister/die Bürgermeisterin wird auf der ersten SVS 2019 im März einen Sachstandsbericht über die Abarbeitung geben.

gez.

Gerd-Henning Keunecke
Vorsitzender der CDU Fraktion

Abstimmungsergebnis:

Die Beschlussvorlage wurde mit den Änderungen einstimmig bestätigt.

Dafür stimmten:	13
Dagegen stimmten:	0
Stimmenenthaltungen:	0

zu 13

Anfragen und Mitteilungen der Stadtvertreter/innen und der Ersten Stadträtin

Frau Diana Becker, SPD-Fraktion, fragte nach, wann der Schulhof der Regionalen Schule „Schule am Wasserturm“ saniert wird.

Frau Anke Heinrichs berichtete, dass sie dabei ist, die geforderte Prioritätenliste zu erarbeiten. Dabei werden auch Straßen, Wege und Plätze aufgeführt. Die Stadtvertretung Strasburg (Um.) entscheidet dann über diese Prioritätenliste.

Die Stadtvertreterin Frau Sieglinde Ernst, DIE LINKE., fragte nach, ob die Möglichkeit besteht, eine Übersicht über die Auslastung des Kulturhauses sowie der beiden Sporthallen zu bekommen. Nach Bekanntwerden verschiedener Umstände zur Vorbereitung des Blaulichttages gilt nicht Herrn Dupke ein Lob, sondern gilt den Stadtarbeitern ein großes Lob und Dank. Der DRK Ortsverein hat sich im Oktober 2017 bereit erklärt, die Betreuung beim Sportfest der Regionalen Schule kostenlos abzusichern. Das Geld, was dort eingespart wurde, sollte für den Schulhof genutzt werden. Dieses Geld wurde dann aber auf die Klassen aufgeteilt. Dies war nicht im Interesse des DRK Ortsverein.

Herr Wolfgang Dietrich, DIE LINKE., bemerkte, dass das Deutsche Institut für Urbanistik eine Umfrage (Kämmereibefragung) gestartet hat in Bezug auf Investitionsrückstand und Investitionstätigkeiten der Kommunen.

Er fragte nach, ob sich die Verwaltung an der Umfrage beteiligt hat?

Frau Koch erklärte, dass ihr diese Umfrage bekannt ist. Die Verwaltung hat sich in diesem Jahr nicht an der Umfrage beteiligt, da es zeitlich nicht möglich war. Im Jahr 2017 sowie 2016 hat sich die Stadt daran beteiligt. Die Stadt hat aber nie eine Rückmeldung über die Auswertung der Umfrage erhalten.

Herr Wolfgang Dietrich fragte weiterhin nach, ob die Vertreter im Städte- und Gemeindegang in Bezug auf Straßenausbaubeiträge bereits initiativ geworden sind. Gibt es schon Aktivitäten und Absprachen? Auf der letzten Stadtvertreterversammlung am 05.07.2018 wurde diesbezüglich ein Beschluss gefasst.

Diese Frage wird von der Verwaltung schriftlich beantwortet.

Herr Christian Schröder, Fraktion WGS, fragte nach was die Stadt tun kann, um unsere Feuerwehr zu entlasten. Es kann nicht sein, dass die Feuerwehr alarmiert wird wenn ein Baum auf der Straße liegt oder eine Ölspur beseitigt werden muss bzw. zu einer Türöffnung ausrücken muss. Bei der Straßenmeisterei gibt es sicher auch einen Notdienst. Dadurch entsteht ein finanzieller Aufwand für unsere Feuerwehr, nur um dort etwas zu beraäumen. Weiterhin werden oft viele Wehren alarmiert, die anschließend wieder zurückgerufen werden.

Frau Heinrichs erklärte, dass dies von der Leitstelle gesteuert wird. Für die Leitstelle ist es oft nicht einfach. Wenn z.B. ein Rauchmelder ausgelöst wird, werden erstmal mehrere Wehren alarmiert, da davon große Gefahr ausgehen kann. Handelt es sich um ein Fehlalarm werden die angeforderten Wehren zurückgerufen.

Bei einer Ölspur ist die Erstsicherung durch die Feuerwehr durchzuführen. Für die Bundes-, Landes- und Kreisstraßen ist die Straßenmeisterei zuständig. Die Straßenmeisterei hat ein Unternehmen gebunden, um die Beseitigung zu beauftragen. Handelt es sich um eine Stadtstraße, hat unsere Feuerwehr auch Ölbindemittel um die Ölspur zu beseitigen. Wird ein Verursacher festgestellt, wird diesem der Einsatz in Rechnung gestellt.

Frau Thea Wasserstrahl, Fraktion BB-UER, erkundigte sich nach der Fläche am Sportplatz wo vorher die Skaterbahn war. Diese Fläche wird seitdem der Zaun weg ist als Parkfläche genutzt.

Herr Thomas Telzerow bemerkte, dass der Zaun verfault war. Weiterhin war die Skaterbahn marode und wurde abgebaut, da sie nicht mehr verkehrssicher war. Es wird überlegt, dort einen Hubschrauberlandeplatz einzurichten, da der Sportplatz ganzjährig nicht befahrbar ist. Die Verwaltung wird diesbezüglich mit dem Rettungsdienst Kontakt aufnehmen. Sollte dieser Bereich als Hubschrauberlandeplatz festgelegt werden, wird dieser Bereich entsprechend ausgeschildert, so dass dann dort auch nicht mehr geparkt werden kann.

Frau Andrea Reinckene Nyegran bedankte sich bei den Einwohnerinnen und Einwohnern für ihre Teilnahme.

Weitere Wortmeldungen gab es im öffentlichen Teil nicht.

Strasbourg (Um.), den 09.10.2018


Andrea Reinckene Nyegran
Stadtpräsidentin